

PROTOKOLL DER 7. SITZUNG DES XVIII. STUPA AM 18. NOVEMBER 2008



Anwesende Abgeordnete(14): Alexander Graef, Daniel Jipp, Marcel Miess, Sandro Schirmer, Patrick Hankel, Michael Smolski, Friederike Kudernatsch, Sven Lesaar, Christian Gerlach, Robert Richter, Hannes Fauser, Christopher Voß, Fabian Fehse, Stephan Becker

Entschuldigt fehlende Abgeordnete(5): Steven Weinberg, Gabriela Beblo, Markus von Kiedrowski, Katarzyna Werner, Robert Horst,

Vertreter der Studierendenschaft: Christoph Wirth (AStA-Vorsitz), Daniel Ambach (AStA-Haupt), Sascha Rybarczyk (AStA-Finanzen), Thomas Weinreich (AStA-Hopo, berufen), Anne Wenzke (AStA-Soziales), Sebastian Müller (AStA-Öffentlichkeit), Swetlana Schinkoff (AStA-Kultur),

Gäste: Carsten Schirmmacher (Protokollant), Elisabeth Panic (Wahlleiterin), Nicole Lunowa, Benjamin Marienfeld, Mathias Wernicke (FSR KuWi), Alexander Friedrich, Rico Hunger, Alexander Matuk, Dorothea Brettschneider, Sahra Damus (Senat), Florian Keller und Anja Gadow (fzs-Vorstand)

Tagungsort: HG 104
Beginn: 19:45 Uhr
Ende: 23:20 Uhr
Protokollant: Carsten Schirmmacher

Endgültige Tagesordnung

TOP	Drucksache	Beratungsgegenstand
1		Eröffnung
1.1		Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.2		Annahme der Tagesordnung
1.3	XVIII/2008/028	Abstimmung über das Protokoll der 5. Sitzung
1.4	XVIII/2008/029	Abstimmung über das Protokoll der 6. Sitzung

2		Fragestunde für Studierende
3		Wahl der Wahlkommission/Wahlprüfungskommission
3.1		Vorstellung der Kandidaten/Fragen
3.2		Wahlgänge
4		fzs
4.1 (neu)		Präsentation des fzs
4.2 (neu)		Fragen an den fzs
5		Berichte aus dem AStA
5.1 (neu)	XVIII/2008/025	Antrag Scanner Bibliothek
5.2 (neu)	XVIII/2008/030	Antrag Barrierefreiheit
5.3		Rechenschaftsberichte
5.4		Schriftliche Fragen
5.5		Aktueller Bericht zur Geldanlage bei der HypoVereinsbank
5.6		Spendenaktion des AStA (Beschluss)
5.7		Bericht es Landesrechnungshofs (Beschluss)
6		Artikel in der Vivadrina (Beschluss)
7		Berichte aus den Ausschüssen
7.1		Probleme im deutsch-polnischen Ausschuss
8		Klausurtagung 2008/2009
9		Sonstiges

Protokoll

1 Eröffnung

Um 19:50 Uhr eröffnet Sven Lesaar als StuPa-Präsident die Sitzung.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Sven stellt fest, dass das StuPa mit 13 von 19 Mitgliedern beschlussfähig ist.

1.2 Annahme der Tagesordnung

Alexander G. schlägt vor, Punkt 4.1 (Fragen an den fzs) erst nach Punkt 4.2 (Präsentation des fzs) zu behandeln. Das sei logischer, da sich zu der Präsentation Fragen ergeben könnten. Dagegen gibt es keine Einwände.

Hannes fragt, wieso zum Thema fzs kein Beschluss auf der Tagesordnung stehe. Sven antwortet, dass bereits mehrfach gesagt wurde, dass ein Beschluss zum fzs auf der Klausurtagung am 29.11. und 30.11. gefasst werde. Er verweist auf TOP 8 (Klausurtagung 2008/2009).

Christian schlägt vor, die Anträge der Fraktion Jusos/Grüne vor der Debatte zum fzs zu behandeln, damit die Beschlussfähigkeit sichergestellt sei. Sven schlägt als Kompromiss vor, die Anträge

innerhalb des TOP 5 an erster Stelle zu behandeln, um die anwesenden Vertreter des fzs nicht zu lange warten zu lassen. Gegen diesen Vorschlag gibt es keine Einwände.

Es gibt keine weiteren Meldungen zur Tagesordnung. Mit den vereinbarten Änderungen ist die TO somit angenommen.

1.3 Abstimmung über das Protokoll der 5. Sitzung

Patrick stellt fest, dass das Protokoll in seiner Endfassung an die Abgeordneten versandt worden sei. Es gibt keine Einwände gegen das Protokoll in dieser Fassung. **Das Protokoll der 5. Sitzung wird einstimmig angenommen.**

1.4 Abstimmung über das Protokoll der 6. Sitzung

Patrick sagt, dass auch dieses Protokoll den Abgeordneten zugegangen sei. Es gibt keine Einwände gegen das Protokoll der 6. Sitzung. **Das Protokoll der 6. Sitzung wird einstimmig angenommen.**

2 Fragestunde für Studierende

Es sind keine Studierenden anwesend, die unter TOP 2 Fragen stellen möchten.

3 Wahl der Wahlkommission/Wahlprüfungskommission

3.1 Vorstellung der Kandidaten/Fragen

Sven sagt, dass ein Kandidat für die Wahlkommission, Tiago Andreas Brandt, nicht anwesend sei. Tiago habe Sven, vor der Sitzung mitgeteilt, dass er eine Wahl in die Wahlprüfungskommission annehmen werde. Er bittet die anderen Kandidaten, sich vorzustellen.

Es stellen sich die Kandidaten zur Wahlkommission Benjamin Marienfeld, Nicole Lunowa, Rico Hunger und Stefan Diederich sowie Alexander Alain Matuk als Kandidat für die Wahlprüfungskommission vor. Sven fragt, ob die Kandidaten sich bereits ein Bild von den anstehenden Aufgaben machen konnten. Alle Kandidaten bejahen dies. Es gibt keine weiteren Fragen aus dem Plenum.

3.2 Wahlgänge

Elisabeth Panic übernimmt als Wahlleiterin die Durchführung des Wahlgangs. Sie erklärt, dass zwei verschiedene Gremien gewählt werden, somit also auch zwei verschiedene Wahlgänge nötig seien. Zunächst werde die Wahlkommission gewählt. In der Wahlkommission seien fünf Plätze zu vergeben, es gebe jedoch nur vier Bewerber. Zudem werde geheim gewählt. Es gibt keine Fragen zu den Modalitäten der Wahl. Elisabeth verteilt an die Abgeordneten Stimmzettel.

Nachdem die Abgeordneten über die Wahlkommission abgestimmt haben, eröffnet Elisabeth den Wahlgang zur Wahlprüfungskommission. Es gibt keine Fragen der Abgeordneten zum Wahlverfahren.

Nach Abschluss der Wahlgänge verkündet Elisabeth die Wahlergebnisse:

Zur Wahlkommission:

	Ja	Nein	Enth.
Nicole Lunowa	11	1	1
Benjamin Marienfeld	13	0	0

Stefan Diederich	13	0	0
Rico Hunger	12	0	1

Zur Wahlprüfungskommission:

	Ja	Nein	Enth.
Tiago Andreas Brandt	11	1	1
Alexander Alain Matuk	12	0	1

Elisabeth stellt fest, dass somit alle Kandidaten gewählt sind.

Sven dankt allen Kandidaten für ihr Engagement und wünscht ihnen viel Erfolg in ihren Funktionen.

4 fzs

4.1 Präsentation zum fzs

Sven begrüßt Florian Keller und Anja Gadow vom fzs-Vorstand als Gäste. Er bittet den Hochschulpolitischen Ausschuss, die vorbereitete Präsentation vorzutragen.

Um 20:18 Uhr kommt der Abgeordnete Daniel Jipp zur Sitzung hinzu. Es nehmen somit 14 Abgeordnete an der Sitzung teil.

Alexander, Sahra und Robert R. geben einen Einblick in die Arbeitsweise des fzs.

Sven dankt den Mitgliedern des Hochschulpolitischen Ausschusses für die Präsentation. Er bittet um Fragen.

Fabian fragt, was die Förderung des BMBF bedeute. Er habe diese Passage nicht genau verfolgen können. Alexander antwortet, dass der fzs vom BMBF gefördert werde. Das sei interessant, da ein Bundesministerium in der Regel keine rechtswidrig agierenden Organisationen unterstütze. Daraus schließe er als Rechtslaie, dass das Bundesministerium die Handlungsweise des fzs für rechtmäßig halte.

Sandro fragt, worin der Unterschied zwischen der Brandenburgischen Studierendenvertretung BrandStuVe, in der unsere Studierendenschaft Mitglied sei, und dem fzs bestehe. Anja antwortet, dass der fzs ein anderes Themenspektrum abdecke. So werde sich keine landesweite Studierendenvertretung mit dem BAföG oder Akkreditierungsverfahren für neue Studiengänge befassen. Das sei Bundesrecht und müsse somit von einem bundesweiten Dachverband geäußert werden. Zudem arbeite der fzs kontinuierlich und treffe sich nicht nur, wenn wichtige Themen anstünden, wie es die BrandStuVe tue.

Sven merkt an, dass diese Frage eher zu TOP 4.2 gehöre, da es sich um eine Frage an die Vertreter des fzs handle. Er fragt, ob es spezifische Fragen zur Präsentation des Hochschulpolitischen Ausschusses gebe. Das ist nicht der Fall.

4.2 Fragen an den fzs

Sven bittet zunächst die Vertreter des fzs, sich vorzustellen, bevor die Abgeordneten ihnen Fragen stellen. Zunächst stellt sich Florian Keller vor. Er studiere VWL in Heidelberg.

Anja Gadow studiere an der Technischen Fachhochschule in Berlin physikalische Chemie. Beide sind Mitglieder des Vorstandes des fzs.

Robert R. Meint, es habe in letzter Zeit innerhalb der Studierendenschaft Diskussionen über die Einhaltung des hochschulpolitischen Mandats von Seiten des fzs gegeben. Er fragt, ob die Abgeordneten strafrechtliche Konsequenzen erwarten, wenn sie für einen fzs-Beitritt stimmen und sich danach herausstellen sollte, dass der Verband rechtswidrig handelt. Anja antwortet, dass dies nicht der Fall ist. Florian sagt, dass es vor einigen Jahren ein Urteil eines Berliner Verwaltungsgerichts gegeben habe, in dem der fzs ein Verstoß gegen das hochschulpolitische Mandat in Verbindung gebracht wurde. Das sei jedoch im Gesamtzusammenhang zu betrachten. So habe sich damals die Studierendenschaft der Berliner Hochschule auf politischer Ebene ein allgemeinpolitisches Mandat gefordert und die Verstöße gegen das hochschulpolitische Mandat nicht bestritten. Diese Berliner Studierendenschaft sei damals häufig wegen Verstößen gegen das hochschulpolitische Mandat verklagt worden, dabei habe der Punkt „fzs“ auch keine zentrale Rolle gespielt. Zudem habe auch der fzs zu Zeiten des Urteils noch andere Strukturen gehabt.

Florian fährt fort, jetzt äußere sich der fzs nur zu Themen, die spätestens auf den zweiten Blick hochschulpolitischen Bezug hätten. Beispielsweise habe sich der fzs im letzten Jahr zu Terrorismus geäußert, aber im Zusammenhang mit der Weitergabe von Studierendenstatistiken.

Sven stellt fest, dass auch Studierendenschaften aus Ländern ohne verfasste Studierendenschaft Mitglied im fzs sind. Er fragt, wie deren Vertreter legitimiert sind. Florian antwortet, dass in diesen südlichen Bundesländern auch Fachschaftsräte existieren. Der Vertreter zum fzs werde auf einer Konferenz der Fachschaftsräte gewählt, mithin seien sie also Vertreter der gesamten Studierendenschaft.

Fabian fragt, ob derzeit gerichtliche Verfahren gegen den fzs anhängig seien. Anja verneint das.

Christian fragt nach der Höhe der Förderung des fzs durch das BMBF. Anja antwortet, dass von einem Gesamtetat von ca. 700000 Euro 33000 Euro vom BMBF kämen. Sven fragt, ob es sich bei dieser Förderung um institutionelle Förderung des fzs oder lediglich um eine zweckgebundene Förderung von Projekten handelt. Anja sagt, dass es eine punktuelle Projektförderung sei. Andere Arten der Förderung kenne das BMBF auch gar nicht. Die letzte geförderte Veranstaltung sei das hochschulpolitische EinsteigerInnenseminar im Warnemünde am vergangenen Wochenende gewesen.

Christian fragt, wohin das Geld des fzs fließe. Florian antwortet, dass der fzs eine Geschäftsstelle in Berlin unterhalte, dort seien mehrere Angestellte zu bezahlen. Florian betont, dass der fzs die Tarifverträge einhalte. Weiterhin würden mit dem Geld Seminare sowie die Mitgliederversammlung organisiert. Außerdem würden Publikationen erstellt und verteilt bzw. unter dem Herstellungspreis weitergegeben.

Robert R. fragt, inwieweit sich der fzs für europäische Integration einsetze und den Bologna-Prozess begleite. Florian antwortet, dass im deutschen Qualifikationsrat zwei vom fzs benannte Studierende Mitglied seien, die die Umsetzung des Bologna-Prozesses begleiten. Dabei sei ihnen insbesondere die soziale Dimension wichtig, beispielsweise Auswirkungen von Migration und BAföG. Derzeit werde eine studentische Position für die Konferenz in Leuven erarbeitet. Außerdem bestünde ein enger Kontakt zwischen fzs und Akkreditierungsrat.

Der fzs sei außerdem Mitglied in der European Students Union, die die studentischen Interessen europaweit vertrete,

Fabian stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, auf dieser Sitzung eine Testabstimmung zum

Beitritt zum fzs abzuhalten. Sandro spricht dagegen. Er meint, dass dazu zunächst eine Debatte zur Meinungsbildung notwendig sei.

Sven lässt über die Gegenrede von Sandro abstimmen. Die Gegenrede wird mit 9/4/1 Stimmen angenommen. Somit gibt es keine Testabstimmung über den fzs-Beitritt.

Michael fragt, ob die European Students Union sich lediglich auf die EU beziehe oder auf dem gesamten Kontinent, beispielsweise in Weißrussland, operiere. Florian antwortet, dass grundsätzlich der gesamte Kontinent abgedeckt werde, es in Weißrussland und der Ukraine jedoch momentan keinen studentischen Dachverband gebe. Das führt er auf die politischen Rahmenbedingungen in diese Ländern zurück.

Sahra ermutigt die Abgeordneten, kritische Fragen zu stellen, damit auf der Klausurtagung keine unbeantworteten Probleme auftauchen.

Robert sagt, er habe gehört, der fzs sei von Jusos dominiert. Er fragt, ob es dadurch Auswirkungen auf die Überparteilichkeit der studentischen Dachverbandes gebe. Anja antwortet, dass es zwar stimme, dass sich die Jusos für einen starken studentischen Dachverband aussprechen, doch das sei nicht das Problem des fzs. Der fzs gehe vielmehr auf alle parteipolitischen Hochschulgruppen zu. Dabei sei jedoch der Ring christlich-demokratischer Studierender (RCDS) zu Gesprächen nicht bereit, solange der fzs auch mit dem Sozialistischen Deutschen Studierendenverband (SDS) spreche.

Sven sagt, dass der fzs eine Presseerklärung geschrieben habe, in der die Arbeit der Partei „Pro Köln“ kritisiert werde. Er fragt, wie das mit dem Grundsatz der Überparteilichkeit verbinden lasse. Anja antwortet, dass das Programm und die Handlungsweise der Partei „Pro Köln“ bzw. „Pro NRW“ nicht mit den Beschlüssen der Mitgliederversammlung konform sei und somit kritisiert werde. Der fzs kritisiere mithin nicht die Partei, sondern die von dieser Partei ausgeworfenen Themen.

Es gibt keine weiteren Fragen an die Vertreter des fzs. Sven bedankt sich bei den Vertretern und verweist auf die Entscheidung bei der Klausurtagung am 30.11.08.

5 Berichte aus dem AStA

5.1 Antrag Scanner Bibliothek

Sven verliest den Antragstext:

„Der AStA wird damit beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass eine geringe Anzahl von Scannern in der Bibliothek zur Verfügung gestellt wird.“

Christoph sagt, der AStA habe sich mit dem Thema auf seiner Klausurtagung am vergangenen Wochenende beschäftigt. Dabei sei herausgekommen, dass die Scanner zumindest nicht aus Mitteln der Studierendenschaft finanziert werden könnten. Michael antwortet für die Fraktion Jusos-Grüne, dass dies auch gar nicht gemeint sei. Vielmehr solle die Universität die Scanner bezahlen, der AStA solle Druck ausüben und darauf hinwirken, dass dies auch geschehe. Thomas sagt, dass er sich vorstellen könne, dass sich das Referat für Hochschulangelegenheiten dafür einsetzen werde.

Der Antrag wird mit 10/0/4 Stimmen angenommen.

5.2 Antrag Barrierefreiheit

Sven verliest den Antragstext:

„Der AStA wird beauftragt, zu überprüfen, ob die Räumlichkeiten des AStA barrierefrei sind. Dem StuPa ist hierüber auf der folgenden Sitzung Bericht zu erstatten. Sollte der AStA zu dem Ergebnis kommen, dass ein Zugang nicht hinreichend barrierefrei ist, ist ein Lösungsvorschlag mit einer Aufstellung der zu erwartenden Kosten vorzulegen.“

Christoph sagt, dass der AStA auf seiner Klausurtagung auch diesen Antrag besprochen habe. Er habe sich über die Kosten erkundigt. Allein ein Ausbau der Treppe nach oben zum Finanzraum koste über 9000 Euro. Die Gesamtkosten könnten sich nach seiner Einschätzung auf 15000 bis 20000 Euro belaufen.

Robert R. gibt zu bedenken, dass die Räumlichkeiten des AStA dem Studentenwerk gehören. Somit seien bauliche Veränderungen nur in Übereinstimmung mit dem Studentenwerk zu erwirken. Christoph fügt hinzu, dass sich das Studentenwerk an den Kosten beteiligen solle. Wenn mit Mitteln der Studierendenschaft das Büro modernisiert werde und danach das Studentenwerk den Vertrag mit dem AStA kündige, sei ein Schaden für die Studierendenschaft entstanden.

Daniel J. sagt, dass im Gegenteil der Vermieter nach § 554a des Bürgerlichen Gesetzbuches Umbaumaßnahmen im Sinne der Barrierefreiheit zu dulden.

Daniel A. meint, dass der Umbau des AStA-Büros nur der Anfang sein könne. Der Zugang zu den Räumen der Fachschaftsräte und des Sprachenbeirats müsse danach ebenso barrierefrei gestaltet werden.

Alexander meint, dass die zu erwartenden Kosten sehr hoch seien. Er regt an, auch eine teilweise Umgestaltung des AStA-Büros in Betracht zu ziehen. Denkbar sei, nur das Erdgeschoss umzubauen.

Hannes wirft die Frage auf, wieso die Frage der Barrierefreiheit erst jetzt thematisiert werde. Die Sachlage sei keine neue, außerdem habe das Thema grundsätzliche Bedeutung. Sven entgegnet, dass Barrierefreiheit schon länger auf der Tagesordnung stehe, die bisherigen Bemühungen jedoch im Sande verlaufen seien.

Sahra regt an, sich zu dem Thema auch mit der Vizepräsidentin Frau Nuyken auseinanderzusetzen. Sie habe sicherlich Erfahrungen auf dem Gebiet sammeln können.

Sven weist auf die Dringlichkeit des Themas hin, insbesondere, dass bei zukünftigen Wahlen sich auch behinderte Personen zur Wahl stellen könnten. Darauf sei die Studierendenschaft nicht vorbereitet, insoweit bestehe die Gefahr einer Diskriminierung.

Sebastian schlägt vor, Sitzungen, auf denen die Anwesenheit von körperlich beeinträchtigten Personen absehbar sei, nicht im AStA-Büro, sondern an anderen Orten abzuhalten, die leichter erreichbar sind. Das sei eine wesentlich kostengünstigere Lösung.

Christoph sagt, dass er auch mit der Stadtverwaltung Kontakt aufnehmen werde. Möglicherweise seien auch von dieser Seite Hinweise zu bekommen.

Nachdem kein Abgeordneter mehr eine Frage hat, lässt Sven den Antrag abstimmen.

Der Antrag zur Barrierefreiheit wird mit 13/0/1 Stimmen angenommen.

5.3 Rechenschaftsberichte

Christoph sagt, dass er einen Fehler begangen habe und die Rechenschaftsberichte veröffentlicht habe, bevor sie vom StuPa angenommen worden seien. Diesen Fehler habe er sofort korrigiert, nachdem, er ihn bemerkt habe.

Michael hat zwei Fragen zu den Rechenschaftsberichten. Zunächst möchte er wissen, wieso die Ratskeller-Party nicht im Rechenschaftsbericht der Kulturreferentin auftauche. Christoph antwortet, dass die Ratskeller-Party entgegen anderer Ankündigungen doch von Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften veranstaltet worden sei.

Zudem fragt Michael den Referenten für Öffentlichkeitsarbeit, wieso die Schaukästen nicht aktualisiert werden. Sven merkt an, dass ihm das auch aufgefallen sei. Christoph sagt, dass der AStA leider für die Schaukästen im AStA-Shop keinen Schlüssel habe. Daher könnten diese Schaukästen auch nicht aktualisiert werden. Michael entgegnet, dass er die Schaukästen im Hauptgebäude und im GD meine. Sebastian antwortet, dass er in der letzten Zeit viel Stress gehabt habe, dass sich das jedoch in den nächsten Wochen bessern werde. Er werde daher demnächst die Schaukästen häufiger aktualisieren können.

Sebastian äußert die Vermutung, dass der Schaukasten im GD an manchen Tagen verschoben werde. Sahra sagt, dass dies zwar der Fall sei, der Kasten dann aber nur unter der Treppe stehe und nicht gänzlich verschwunden sei.

Michael kritisiert im Namen der Fraktion Jusos-Grüne, dass der Referent für Internationales noch bei keiner StuPa-Sitzung zugegen war. Sven pflichtet dem bei: Besonders bei der Abstimmung über die Rechenschaftsberichte sei die Anwesenheit der AStA-Referenten erwünscht. Daniel A. antwortet, dass Robert B. aus persönlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Er bemühe sich jedoch, die nächsten Termine wahrnehmen zu können.

Sven fragt, ob die Kontoauflösung bei der Deutschen Bank bereits abgeschlossen wurde. Daniel A. antwortet, dass dies noch nicht geschehen sei. Er setze sich jedoch weiterhin dafür ein. Daniel A. sagt, dass das vor allem an der langsamen Arbeitsweise der Bank liege. Das Konto bei der Dresdner Bank sei jedoch fast fertig eingerichtet. Es werde ein Hauptkonto für den AStA sowie vier Unterkonten für den Sprachenbeirat und die Fachschaftsräte geben.

Sven bittet Daniel A., von der Kontoänderung alle Beteiligten zu informieren. Außerdem fragt er, wieso die Mailadresse asta@euv-ffo.de so selten überprüft werde. Christoph antwortet, dass er diese Adresse für überflüssig halte. Wer ein Anliegen habe, könne sich auch direkt an einen der Referenten wenden. Daniel A. ergänzt, dass auf dieser Mailadresse viele Spam-Mails und wenige sinnvolle Nachrichten einträfen. Daher sei der Aufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen der Adresse.

Sven antwortet, dass diese Mailadresse in vielen Verteilern sei und daher nicht einfach gelöscht werden sollte. Er habe als Hauptreferent auch die allgemeine AStA-Mailadresse gepflegt, was manchmal viel Zeit in Anspruch genommen habe.

Zudem merkt Sven an, dass er Sportreferent in seinem Rechenschaftsbericht ein Badmintonturnier erwähne, von dem er nichts wisse, obwohl er die Badmintongruppe beim USC leite. Er bittet darum, die Kommunikation zu verbessern.

Zuletzt fragt Sven zum Rechenschaftsbericht des Referats für Hochschulangelegenheiten, ob die

Gebühr für die Nutzung der Spinde im Keller des Hauptgebäudes eine Kautions- oder eine Verwaltungsgebühr sei. Thomas antwortet, dass dies noch nicht ganz klar sei, vieles aber auf eine Verwaltungsgebühr hindeute.

Fabian fragt den Referenten für Öffentlichkeitsarbeit, wie viel die Visitenkarten für das StuPa-Präsidium kosteten. Sebastian antwortet, dass der Preis um die 25 Euro liege. Er habe die Karten in einer polnischen Druckerei anfertigen lassen. Sandro fragt, ob die Kopierstelle der Universität nicht ein günstigerer Ansprechpartner sei. Sebastian antwortet, dass er bei der Kopierstelle bereits einen Auftrag für ein Plakat abgegeben habe. Mit dem Ergebnis sei er jedoch unzufrieden gewesen.

Daniel J. stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste und anschließende en-bloc-Abstimmung der Rechenschaftsberichte. Sven hält eine Gegenrede. Er habe vor, sich bei einem Rechenschaftsbericht zu enthalten. Es wäre seiner Meinung nach schade, wenn er deswegen keinem Bericht seine Zustimmung geben könne.

Es kommt zur Abstimmung über Svens Gegenrede. Ihr wird mit 10/2/2 Stimmen stattgegeben. Die Rechenschaftsberichte werden somit einzeln abgestimmt.

Hannes fragt, was mit der Aufwandsentschädigung des Referats für Hochschulangelegenheiten passiert sei, als die Referentin nicht in Deutschland war. Thomas antwortet, dass in dieser Zeit die Aufwandsentschädigung geteilt worden sei zwischen der Referentin und dem berufenen Referenten.

Es stehen keine weiteren Abgeordneten auf der Rednerliste. Es kommt zur Abstimmung.

Der Rechenschaftsbericht des Referenten für Öffentlichkeitsarbeit wird mit 12/0/2 Stimmen angenommen.

Der Rechenschaftsbericht der Referentin für Soziales wird mit 12/0/2 Stimmen angenommen.

Der Rechenschaftsbericht des Hauptreferenten wird mit 12/0/2 Stimmen angenommen.

Der Rechenschaftsbericht des ADV-Referenten wird mit 8/0/6 Stimmen angenommen.

Der Rechenschaftsbericht des Finanzreferenten wird mit 10/0/4 Stimmen angenommen.

Der Rechenschaftsbericht der Referentin für Hochschulangelegenheiten wird mit 8/1/5 Stimmen angenommen.

Der Rechenschaftsbericht der Referentin für Kultur wird mit 9/0/5 Stimmen angenommen.

Der Rechenschaftsbericht des Sportreferenten wird mit 5/0/9 Stimmen angenommen.

Der Rechenschaftsbericht des Referenten für Internationales wird mit 8/1/5 Stimmen angenommen.

Sven stellt fest, dass somit alle Rechenschaftsberichte angenommen sind. Er dankt den Referenten für ihre Arbeit im ersten Quartal der Legislatur und wünscht ihnen weiterhin viel Erfolg.

Christoph sagt, dass ihn eine Anfrage eines Studenten erreicht habe. Dieser habe wissen wollen, wieso die Rechenschaftsberichte der letzten Legislatur nicht vollständig auf der Homepage seien. Christoph sagt, dass dies daran liege, dass er diese Berichte nicht habe. Hannes bietet an, Christoph zumindest die Abschlussberichte der alten Referenten zukommen zu lassen. Sven bemerkt, dass es

auch hier offenbar bei der Übergabe Defizite gegeben habe.

5.4 Schriftliche Fragen

Um 21:45 Uhr verlässt der Abgeordnete Christian Gerlach die Sitzung.

Sandro sagt, dass er die Anfrage um den Punkt „Anonymisierung der Protokolle“ erweitern möchte. Das sei in der letzten Legislatur diskutiert worden, jedoch ohne Ergebnis. Ziel sei es, zu verhindern, dass die die StuPa-Protokolle auftauchen, wenn man bei einschlägigen Internet-Suchmaschinen die Namen eines Abgeordneten eingibt. Christoph antwortet, dass er daran arbeiten werde. Denkbar sei es, die Namen als Bilddateien darzustellen.

Zum studentischen Musikraum sagt Christoph, dass es sicher kein Problem sei, dass der AStA kurzzeitig Räumlichkeiten für Musiker zur Verfügung stelle. Sven sagt, dass dies wohl kaum möglich sei. Dazu müssten beispielsweise Instrumente fachgerecht untergebracht werden.

Carsten erklärt die Situation. In der letzten Legislatur habe es einen StuPa-Beschluss gegeben, dass in den Räumen der Universität ein Musikraum für Studierende eingerichtet werde. Dafür sollte das Kulturreferat Sorge tragen. Die ehemalige Kulturreferentin habe erreichen können, dass das Dezernat IV einen Raum in der AB anbieten können. Damit seien jedoch die hauptsächlich betroffenen Viaphoniker nicht einverstanden gewesen, da sie dann die Instrumente häufig durch die Stadt transportieren müssten. Bei diesem Stand habe die XVII. Legislatur geendet. Carsten fragt, ob weitere Fortschritte erzielt werden konnten Christoph verneint dies, schließlich habe er nichts von dem Vorhaben gewusst. Sven sagt, dass er in diesem Punkt den AStA in Schutz nehmen müsse. Es sei von Vorhaben des Musikraums nichts in den Beschlussbüchern der letzten Legislatur nichts zu finden gewesen. Christoph kündigt an, dass sie der AStA fortan für die Einrichtung einsetzen werde.

Zur Altbatterierücknahme sagt Christoph, dass er eine solche Einrichtung beim AStA für unsinnig halte, da die Rückgabe von Altbatterien überall möglich sei.

Sahra stellt fest, dass bei Übergaben immer wieder Probleme auftreten, so auch bei der Übergabe des vorletzten AStA an den letzten. Sie schlägt vor, aus diesem Grund eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit Nachhaltigkeit insbesondere bei Amtsübergaben beschäftigen soll.

Sven entgegnet, dass dies nicht nötig sei, wenn sich jeder Beteiligte an die Satzungen und Ordnungen halte.

Er fragt Michael, ob die Fraktion Jusos-Grüne mit der Antwort des AstA auf die Anfrage zufrieden sei. Michael antwortet, dass es sich um einen StuPa-Beschluss handle, an den der AStA gebunden sei, egal ob er diesen Beschluss für sinnvoll halte oder nicht. Außerdem sei es kein großer Aufwand, einen Eimer ins Büro zu stellen und ab und an die abgegebenen Batterien bei einer Entsorgungsstelle abzugeben.

Zur Anfrage betreffs der Abwesenheit der AStA-Referenten und der damit verbundenen Frage nach der Verteilung der Aufwandsentschädigungen sagt Christoph, dass die Referentin für Hochschulangelegenheiten zwei Monate im Ausland gewesen sei. Anbei habe sie zu jeder Sitzung einen Bericht geschrieben und, soweit es möglich war, ihre Aufgaben per Mail erledigt. Sven antwortet, dass dies ein lobenswertes Engagement sei. Es sei jedoch nicht möglich die Pflichten eines AStA-Referenten aus der GO-AStA bei physischer Abwesenheit zu erfüllen.

Sandro sagt, dass es die Diskussion über die Kürzung der Aufwandsentschädigungen schon einmal

gegeben habe. Dabei sei zu bedenken, dass die Kürzung der Aufwandsentschädigung nur im Voraus zu beschließen sei, sonst genieße der betroffene Referent Vertrauensschutz. Hannes meint, dass dazu die EO-AStA Aufschluss geben könnte.

Christoph betont, dass auftretende Probleme wegen etwaiger Untätigkeit von Referenten intern geklärt werden.

Michael signalisiert, dass er mit der Antwort seiner Anfrage zufrieden ist.

5.5 Aktueller Bericht zur Geldanlage bei der HypoVereinsbank

Sascha sagt, dass alles Geld der Studierendenschaft von den Konten der HypoVereinsbank abgezogen wurden. Das sei die erste Voraussetzung, um gegen die Bank vorgehen zu können.

Daniel J. fragt, ob bereits ein Anwalt beauftragt wurde. Daniel A. antwortet, dass er Daniel J. darauf bereits eine Antwort gegeben habe. Ein Anwalt sei noch nicht beauftragt worden. Hier sei ein erweiterter Handlungsspielraum des AStA angebracht, um flexibler zu werden.

5.6 Spendenaktion des AStA

Sven erläutert die aktuelle Situation. In einem Haus in Slubice sei ein Feuer ausgebrochen, wodurch auch die Wohnung von vier Studenten zerstört worden sei. Es sei die Idee aufgekommen, diesen Studierenden zu helfen. Er habe sich über den rechtlichen Rahmen mit der Rechtsaufsicht verständigt, dabei habe sich gezeigt, dass Spenden von Seiten der Studierendenschaft an die geschädigten Studierenden unmöglich seien. Öffentliche Gelder aus Zwangsbeiträgen dürften nicht gespendet werden. Auch die Gewährung von zinslosen Darlehen sei nicht möglich, da unklar sei, ob das Geld zurückgezahlt werden oder nicht. Wenn es nicht zu einer Rückzahlung komme, sei das Darlehen faktisch in eine Spende umgewandelt. Auch Sachspenden seien nur in einem geringen Umfang zulässig, und zwar, wenn die gespendeten Gegenstände nicht ohne weiteres zu einem vernünftigen Preis zu verkaufen seien. Somit sei eine Unterstützung der geschädigten Studierenden wohl aus juristischen Gründen unmöglich.

Alexander möchte wissen, wer die Idee hatte, die geschädigten Studierenden zu unterstützen.

Thomas antwortet, dass dies vom Referat für Hochschulangelegenheiten ausgegangen sei. Dabei sei einer der Geschädigten auf Annika zugegangen, so sei der Kontakt entstanden.

Robert R. regt an, dass der AStA eine Spendenaktion koordinieren könne, ohne selbst zu spenden.

Thomas antwortet, dass dies bereits geschehe. Sven bittet darum, diese Bemühungen auszudehnen.

Um 21:55 Uhr verlassen Anne Wenzke, Christoph Wirth, Daniel Ambach und Sascha Rybarczyk die Sitzung.

Sven stellt fest, dass eine Spende nicht möglich sei. Er äußert sein Unbehagen darüber, dass der AStA-Vorstand die Sitzung verlassen musste. Als nächstes sei der Bericht des Landesrechnungshofs zu behandeln, dabei sei es wichtig, dass ein Vertreter des AStA-Vorstands zugegen sei. Das vom Vorstand häufig geäußerte Argument, ein Sitzungsbeginn um 20:00 Uhr sei schlecht für sie, da sie nach Berlin fahren müssten, sei nicht angebracht. Er habe als Präsident des StuPa dafür Sorge zu tragen, dass die Abgeordneten an den Sitzungen teilnehmen können. Danach richte sich die Auswahl eines Sitzungstermins. Er werde auch nicht gefragt, ob ihm die Termine der AStA-Sitzungen passen.

Robert R. merkt an, dass auch die Fraktion Liberaler Campus nur noch mit einem Abgeordneten vertreten sei. Sven solle zunächst seine eigene Fraktion zur Teilnahme an den Sitzungen anleiten,

bevor er sich schlecht über die Abwesenheit anderer Beteiligter äußert. Sven stimmt Robert R. zu. Er missbilligt das Verhalten einzelner Abgeordneter des Liberalen Campus, die nicht zuden Sitzungen erscheinen. Er sei jedoch nicht Fraktionsvorsitzender, es sei mithin nicht seine Aufgabe, die Fraktionsmitglieder zu motivieren.

Alexander fügt hinzu, dass am Hochschulpolitischen Ausschuss kein Mitglied des Liberalen Campus teilnehme. Hannes pflichtet dem bei: Auch im Haushalts- und Finanzausschuss sei kein Vertreter vom Liberalen Campus dabei.

Robert stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung für 5 Minuten zu unterbrechen. Es gibt keine Gegenrede. Die Sitzung wird somit unterbrochen.

5.7 Bericht des Landesrechnungshofs (Beschluss)

Nach der Pause stellt Sven fest, dass die Vorfassung des Berichts bereits an die Abgeordneten versandt worden sei. Er habe bereits die Endfassung halten, die sich jedoch vom Entwurf nicht nennenswert unterscheidet. Sven sei aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen Stellung zu nehmen. Er habe bereits geantwortet, dass die Studierendenschaft den Forderungen des Landesrechnungshofs nachkommen werde. Der Landesrechnungshof habe unter anderem empfohlen, für die Mitglieder des AStA eine Geschäftsführerhaftpflichtversicherung abzuschließen. Dazu sei die Meinung des AStA-Vorstands gefragt, der nun aber leider schon gegangen sei. Die genauen Vorgehensweisen müssten noch erörtert werden. Er beantragt daher eine an den Rechtsausschuss sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Erläuterung des Prüfberichts vom Landesrechnungshof wird einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Rechtsausschuss überwiesen.

Um 22:10 Uhr verlässt der Abgeordnete Sandro Schirmer die Sitzung.

6 Artikel in der Vivadrina (Beschluss)

Sven dankt Daniel J. für die Vorarbeiten zu diesem Thema, insbesondere für das Herummailen des einschlägigen Artikels.

Alexander sagt, dass der Bericht über die Geldanlage gut geschrieben sei, der Kommentar dazu sei jedoch eine Unverschämtheit. Der Journalist, der diesen Kommentar schrieb, habe an der 5. Sitzung des StuPa, auf der die Geldanlage diskutiert wurde, gar nicht teilgenommen. Außerdem sei der Kommentar so geschrieben, dass der Eindruck entstehen könnte, dass die Schuldigen gesucht werden. Es sei jedoch vielmehr so, dass alle in einem Boot säßen und es nicht zweckmäßig sei innerhalb der Studierendenschaft Schuldzuweisungen zu äußern. Außerdem sollte die Öffentlichkeit klein gehalten werden bei diesem pikanten Thema.

Hannes sagt, dass der Bericht recht schwammig gehalten sei. Der Journalist habe ihm gegenüber das damit begründet, dass ein Untersuchungsverfahren laufe, in dem die genauen Einzelheiten zu klären seien. Zudem äußert Hannes seine Freude darüber, dass in der selben Ausgabe der Vivadrina ein Bericht über die verfasste Studierendenschaft abgedruckt sei.

Sven meint, dass es auch eine Aufgabe der Presse sei, Sachverhalte überspitzt darzustellen und zu polemisieren. Das StuPa sollte nicht dagegen vorgehen, dass die Presse ihre Aufgaben erfülle.

Carsten stimmt dem zu. Er ergänzt, dass die Öffentlichkeit kleinzuhalten nicht mit der Satzung konform sei. Entweder man schließe die Öffentlichkeit aus oder lasse sie zu, was zur Folge habe, dass die Debatten aus dem StuPa an die Öffentlichkeit gelangen könnten und sollen. Er hält es nicht

für zweckmäßig, eine Richtigstellung zu verlangen. Dann entstünde der Eindruck, dass die Vivadrina, sobald sie sich über die Vorgänge in der verfassten Studierendenschaft äußert und am Prozess der Meinungsbildung teilnimmt, Ärger bekommt. Das werde wohl dazu führen, dass in Zukunft die Vivadrina keine Berichte mehr über die Entwicklungen im Studierendenparlament schreiben werde. Das könne nicht das Ziel der Abgeordneten sein.

Michael entgegnet, dass nicht Meinungen, sondern falsche Tatsachenbehauptungen richtig gestellt werden sollen. Das Argumentieren mit „falschen Fakten“ habe jedoch mit ordentlichem Journalismus nichts zu tun. Durch diese falschen Behauptungen entstünde ein Eindruck, der so nicht stimme. Folglich müsse die Studierendenschaft eine Richtigstellung verlangen.

Hannes meint, dass der Artikel überbewertet werde. Offenbar interessiere es keinen Studierenden, was mit der Anlage genau passiert ist, denn sonst wäre die Sitzung gefüllt mit Gästen, was jedoch augenscheinlich nicht der Fall sei.

Daniel J. bekräftigt, dass die Studierendenschaft nicht gegen unbequeme Meinungen vorgehen wolle, sondern gegen Unwahrheiten und Ungenauigkeiten. Er verliest folgenden Antrag:

„Der AStA soll die Vivadrina auffordern, folgende Richtigstellung zu veröffentlichen.

„Richtigstellung

In der Ausgabe von „Vivadrina“, Heft 4, November 2008, haben wir in dem Beitrag „Studentengelder futsch!“ Behauptungen aufgestellt, die wir wie folgt richtig stellen:

1.

Wir haben geschrieben: „Die Summe dieser Gelder (Semesterbeitrag) beträgt halbjährlich etwa € 150.000,00.“

Wir stellen richtig: Der Semesterbeitrag beträgt halbjährlich € 75.000,00.

2.

Unter Hinweis auf den StuPa-Präsidenten Sven Lesaar haben wir geschrieben: „Seinen Aussagen zufolge, wurden vor einigen Jahren etwa € 300.000,00 ungenutzte Sozialbeiträge vom AStA gefunden. Diese Gelder kamen alsbald studentischen Initiativen wie dem FForst oder allen Studenten, durch die Einführung der Sonntagsöffnung der Universitätsbibliothek, zu Gute. Nach nicht allzu langer Zeit wurden wieder etwa € 130.000,00 von vergangenen Jahrgängen auf Konten „gefunden“. Sie sollten dem AStA als Rücklagen dienen, falls geburtenschwache Jahrgänge weniger Gelder in seine Kassen spülen und somit die Finanzierung von studentischen Initiativen erschweren würden.“

Wir stellen richtig: Diese Gelder stammen aus nicht aufgelösten Rücklagen und sind nunmehr in verschiedene studentische Projekte investiert worden. Die Rücklagen sind auch nicht für den Ausgleich geburtenschwacher Jahrgänge.

4.

Wir haben geschrieben: „(Von diesen Geldern) wurden vom letzten AStA € 100.000,00 in Aktienfonds angelegt, weil man eine solche Anlage einer risikoärmeren vorzog.“

Wir berichtigen: Die Investition von € 100.000,00 in Aktienfonds wurde nicht vom „letzten AStA“ sondern von dem AStA in der Legislaturperiode 2005/06 vorgenommen.

5.

Wir haben sodann berichtet, „dass Zwangsexmatrikulationen von finanziell schwachen Studenten hätten verhindert werden können, wenn das Geld nicht verspekuliert worden

wäre.“

Wir berichtigen: Solche Zwangsexmatrikulationen wären auch dann nicht zu verhindern gewesen, wenn das Geld nicht verloren gegangen wäre.

Redaktion“

Diese Richtigstellung sei bewusst aus der Sicht der Redaktion formuliert. Robert R. fragt, ob es nicht „Gegendarstellung“ heißen müsste und nicht Richtigstellung. Daniel erklärt, dass Richtigstellung der richtige Begriff sei, wenn es um die Aufklärung falscher Tatsachen gehe. Eine Richtigstellung gehe weiter als eine bloße Gegendarstellung.

Robert R. fragt, was passiert, wenn die Vivadrina sich weigert, diese Richtigstellung zu veröffentlichen. Dahiel J. antwortet, dass dann eine Klage denkbar wäre. Bei einem geschätzten Streitwert von 10000 Euro bezweifelt er, dass die Vivadrina in der Lage ist, die Gerichtskosten zu tragen.

Stephan schlägt vor der Vivadrina stattdessen anzudrohen ihr die Förderung zu streichen, sollte sie sich weigern die Richtigstellung abzdrukken. Damit könnte eine Klage vermieden werden. Sven antwortet, dass dies nicht so leicht möglich sei, schließlich sei dies ein gravierender Eingriff in die Pressefreiheit.

Sven dankt Daniel für die Arbeit im Zusammenhang mit dieser Richtigstellung. Er lässt darüber abstimmen. **Der Antrag von Daniel J. wird einstimmig angenommen.**

Sven fragt, ob auch auf der Titelseite die Richtigstellung angekündigt werden müsse. Daniel antwortet, dass die grundsätzlich der Fall sei. Das ergebe sich aus dem Anschreiben.

7 Berichte aus den Ausschüssen

Robert R. beginnt mit der Aussage, dass sich der Untersuchungsausschuss am morgigen Mittwoch konstituieren werde. Folglich gebe es aus dem Ausschuss noch nichts zu berichten.

Robert R. berichtet, dass sich der Öffentlichkeitsausschuss bereits dreimal getroffen habe. Dabei seien vor allem die Wahlen im Dezember vorbereitet worden. Sahra habe zudem einen Wahlleitfaden erstellt. Dabei seien zwei Probleme entstanden: Zunächst sei fraglich, ob eine im Universitätsgebäude herumliegende Wahlzeitung eine unerlaubte Wählerbeeinflussung darstelle. Außerdem regt sie an, der Wahlkommission eine Aufwandsentschädigung für ihr Tätigwerden zu gewähren.

Sven sieht keine Anhaltspunkte, dass eine herumliegende Wahlzeitung einen unerlaubten Tatbestand erfüllen könnte. Er hält eine Wahlzeitung im Gegenteil für eine gute Sache. Wenn der Öffentlichkeitsausschuss eine Aufwandsentschädigung für die Wahlkommission für angebracht hält, solle er einen Antrag stellen. Dann werde der Vorschlag auch im StuPa diskutiert. Robert R. antwortet, dass er mit den Satzungen und Ordnungen noch nicht so vertraut sei, sonst hätte er den Antrag schon zu dieser Sitzung eingebracht. Er werde den Antrag demnächst stellen.

Patrick bittet bei der Gelegenheit die Ausschussvorsitzenden darum, ihm die Protokolle der Ausschusssitzungen zukommen zu lassen, damit er sie entsprechend der GO-StuPa veröffentlichen könne.

Hannes berichtet aus dem Haushalts- und Finanzausschuss. Dieser Ausschuss habe sich am konstituiert, Hannes sei nun Vorsitzender. Stellvertreter sei Tiago. Der Ausschuss habe sich mit der

Neufassung der Finanzordnung befasst, außerdem seien auch die fehlenden Jahresabschlüsse thematisiert worden.

Alexander berichtet aus dem Hochschulpolitischen Ausschuss. Er sagt, dass der Ausschuss Empfehlungen zu verschiedenen Themen abgeben werde. Zudem habe man sich über die Vollversammlung unterhalten. Auch dazu werde Näheres auf der Klausurtagung zu besprechen sein.

Friederike sagt, dass der Ausschuss für Ökologie und Nachhaltigkeit seit der 6. StuPa-Sitzung kein Treffen hatte.

7.1 Situation im deutsch-polnischen Ausschuss

Michael berichtet, dass er vom Vorsitz der deutsch-polnischen Ausschusses zurückgetreten ist. Er werde sich fortan verstärkt auf seine Aufgaben im Rechtsausschuss konzentrieren. Er begründet seinen Schritt damit, dass er den Ausschuss in seiner aktuellen Zusammensetzung für unproduktiv halte. So sei von vier Sitzungen, zu denen er geladen hatte, nur eine beschlussfähig gewesen. Besonders die Ausschussmitglieder von der Fraktion Liberaler Campus seien häufig nicht anwesend gewesen und hätten dadurch die Ausschussarbeit behindert. Von der Kritik ausnehmen wolle er den sachkundigen Studierenden Artur Waranski, der zu allen Terminen seit seiner Berufung erschienen sei.

Sven schlägt angesichts dieser Zustände vor, den Ausschuss aufzulösen. Robert R. spricht sich dagegen aus. Es sei zum einen ein falsches Signal, an der Europa-Universität den Ausschuss für deutsch-polnische Zusammenarbeit zu strichen, zum anderen komme mit der grenzüberschreitenden Buslinie auf den Ausschuss auch ein weiteres Thema zu. Er schlägt vor, den Ausschuss so lange ruhen zu lassen, bis es wieder Arbeit, insbesondere im Zusammenhang mit der Buslinie, gebe.

Michael stellt fest, dass nun Robert R. als Alterspräsident zur nächsten Sitzung laden müsse. Er sei überzeugt davon, dass erfahrener Politiker wie Robert R. diese Aufgabe schultern werde.

Michael fügt hinzu, dass er zu jeder Sitzung den AStA-Referenten für Internationales eingeladen habe, dieser es jedoch nicht einmal für nötig befunden habe, sich vorher zu entschuldigen. Auf Nachfrage habe dieser mitgeteilt, sich aufgrund mangelnder Einarbeitung seitens seines Vorgängers nicht über die Wichtigkeit des Ausschusses bewusst gewesen zu sein. Die Antwort stellt Michael nicht zufrieden.

Robert R. äußert sein Verständnis für Michaels Situation. Er stellt fest, dass Michael nie doodle-Umfragen für die Ermittlung eines Termins genutzt habe. So sei damit zu rechnen, dass nicht alle Mitglieder am Sitzungstermin Zeit hätten.

Um 23:05 Uhr verlassen Fabian Fehse und Friederike Kudernatsch die Sitzung

8 Klausurtagung

Marcel fragt die Fraktionsvorsitzenden, wie viele von ihren Mitgliedern auf der Klausurtagung zu erwarten seien. Michael antwortet, dass von der Fraktion Jusos-Grüne voraussichtlich fünf der sieben Abgeordneten an der Tagung teilnehmen werden. Hannes sagt, dass von der Fraktion Die Linke.Viadrina voraussichtlich alle Abgeordneten dabei sein werden. Lediglich die Lage bei Robert H. sei noch unklar.

Marcel erläutert den voraussichtlichen Ablauf der Tagung: Der Samstag werde in der Universität in Frankfurt (Oder) stattfinden, dabei solle in Arbeitsgruppen gearbeitet werden. Der Tag solle seinen Ausklang auf der polnischen Seite der Oder finden. Am Sonntag werde dann die StuPa-Sitzung abgehalten werden. Er schlägt vor, die Arbeitsgruppen erst am Samstag zu bestimmen. Jetzt seien dafür zu viele Abgeordnete abwesend.

Robert R. merkt an, dass auf der letzten Sitzung ein Beschluss gefasst worden sei, der besage, dass der erste Tag der Klausurtagung in Polen stattfinden solle. Er halte es für eine Sauerei, dass StuPa-Beschlüsse durch das Präsidium negiert werden. Demokratie sehe für ihn anders aus.

Sven antwortet, dass es sich nicht um einen Beschluss handele, sondern lediglich um ein Meinungsbild. Sonst wäre der Beschluss im Beschlussbuch vermerkt gewesen. Außerdem seien andere Zahlen im Gespräch gewesen. Während auf der 5. Sitzung noch mit Tagungskosten in Höhe von 80 Euro kalkuliert worden sei, lägen die tatsächlichen Kosten um die 400 Euro. Das mache das Meinungsbild gegenstandslos. Eine solche Summe könne das Präsidium vor der Studierendenschaft nicht verantworten.

Robert R. entgegnet, dass eine Klausurtagung an einem anderen Ort als gewöhnlich stattfinden sollte. Schon daher sei Frankfurt (Oder) ein ungeeigneter Ort. Außerdem seien alle Abgeordneten ehrenamtlich aktiv und hätten auch einmal das Recht, dafür belohnt zu werden. Zudem seien in vergangenen Jahren schon deutlich höhere Summen für Klausurtagungen ausgegeben worden.

Sven entgegnet, dass sei kein Argument. Nur weil StuPas in alten Zeiten unverantwortlich mit Geld umgegangen seien, könne daraus nicht die Berechtigung des jetzigen StuPas abgeleitet werden, das auch zu tun. Auch die restliche Argumentation Robert R.s hält Sven für übertrieben.

Patrick stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste. Hannes erhebt eine Gegenrede. Die Gegenrede wird mit 4/5/1 Stimmen abgelehnt. Somit ist die Rednerliste geschlossen.

Alexander bittet Robert und Sven, die Diskussion weniger emotional zu führen. Er meint, dass die Abweichungen im Preis sich in einem erträglichen Rahmen bewegen müssten. Der Unterschied, der hier auftrat, liege für ihn hart an der Grenze. Er hofft auf die Anwesenheit der AStA-Referenten bei der Klausurtagung.

Marcel lädt alle Abgeordneten zur Klausurtagung am 29. und 30. November ein und bittet um zahlreiches Erschienen.

9 Sonstiges

Sven bedankt sich bei Thomas, dass dieser die Sitzung bis zum Ende mitverfolgt. Ein berufener Referent sei derjenige, von dem das am wenigsten zu erwarten sei. Sven fährt fort, man gewinne manchmal den Eindruck, Thomas und nicht Annika sei AStA-Referent für Hochschulangelegenheiten.

Um 23:20 Uhr schließt Sven die Sitzung. Er wünscht den Abgeordneten eine gute Nacht.

Carsten Schirmmacher
Protokollant

Sven Lesaar
StuPa-Präsident

Anhang: Auszug aus Beschlussbuch mit den Beschlüssen der 7.StuPa-Sitzung am 18.11.2008

67	In die Wahlkommission wird Benjamin Marienfeld gewählt. (11/ 1/ 0)
68	In die Wahlkommission wird Nicole Nunowa gewählt. (13/0 /0)
69	In die Wahlkommission wird Rico Hunger gewählt. (12/ 0/ 1)
70	In die Wahlprüfungskommission wird Tiago Brandt gewählt. (11/1/1)
71	In die Wahlprüfungskommission wird Alexander Alain Matuk gewählt. (12/0/1)
72	In die Wahlkommission wird Stephan Diedrich gewählt. (13/ 0/ 0)
73	Der AStA wird damit beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass eine geringe Anzahl von Scannern in der Bibliothek zur Verfügung gestellt wird. (10/0/4)
74	Der AStA wird beauftragt, zu überprüfen, ob die Räumlichkeiten des AStA barrierefrei sind. Dem StuPa ist hierüber auf der folgenden Sitzung Bericht zu erstatten. Sollte der AStA zu dem Ergebnis gelangen, dass ein Zugang nicht hinreichend barrierefrei ist, ist ein Lösungsvorschlag mit einer Aufstellung der zu erwartenden Kosten vorzulegen. (13/0/1)
75	Der Rechenschaftsbericht des AStA-Referenten für Öffentlichkeitsarbeit wird angenommen (12/0/2)
76	Der Rechenschaftsbericht der AStA-Referentin für Soziales wird angenommen. (12/0/2)
77	Der Rechenschaftsbericht des AStA- Hauptreferenten wird angenommen.(12/0/2)
78	Der Rechenschaftsbericht des AStA-Vorsitzenden und ADV-Referenten (8/0/6) wird angenommen.
79	Der Rechenschaftsbericht des AStA-Referenten für Finanzen wird angenommen. (10/0/4)
80	Der Rechenschaftsbericht der AStA-Referentin für Hochschulpolitik wird angenommen. (8/1/5)
81	Der Rechenschaftsbericht der AStA-Referentin für Kultur wird abgenommen. (9/0/5)
82	Der Rechenschaftsbericht des AStA-Referenten für Sport wird angenommen. (5/0/9)
83	Der Rechenschaftsbericht des AStA-Referenten für Internationales wird angenommen. (8/1/5)
84	Die Erörterung des Prüfberichtes vom Landesrechnungshof wird an den Rechts- und Finanzausschuss überwiesen (13/0/0)
85	Daniel beantragt, dass der AStA die Vivadrina dazu auffordern soll ihre Bereitschaft dazu kundzutun, ob sie die von Daniel Jipp ausgearbeitete Richtigstellung veröffentlichen werde. (12/0/0)